

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33. Sperrstunden der Redaction: Donnerstags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr. In den Filialen für Zus. Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Ernst Böcher, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 115.

Mittwoch den 25. April 1877.

71. Jahrgang.

Auflage 15,250. Abonnementspreis viertel 4 1/2 Mk., incl. Frachtporto 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 20 Pf. mit Postbefreiung 40 Pf. Inserate 10 Pf. Courtpolis, 20 Pf. Wochenschriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Buchdruck die Spaltbreite 40 Pf. Inserate sind bis an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postverrechnung.

Bekanntmachung.

In Folge der zum Finanzgesetz vom 2. Juli vor. J. erlassenen Ausführungs-Berordnung vom 4. December d. J. ist

der diesjährige erste Termin der Gewerbe- und Personalsteuer am 5. April a. c. nach Höhe von vier Zehntel eines ganzen Jahresbetrags fällig.

und werden die hiesigen Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeträge für diesen Termin nebst den pädagogischen Abgaben, welche letztere

1) — 80 J auf je 1 volle Mark des ganzen Staatssteuer-Ansatzes bei den Bürgern und allen sonst mit mindestens 3 vollen Mark Staatssteuer und darüber veranlagten Personen, sowie

2) — 40 J auf je 1 volle Mark des ganzen Staatssteuer-Ansatzes bei den unter 1 nicht mit begriffenen fogen. Schutzverwandten betragen;

binnen 14 Tagen an die Stadt-Steuer-Einnahme alhier — Ritterstraße 15, Georgenhalle 1 Treppe rechts — pünktlich abzuführen, da später die gesetzlichen Maßregeln gegen die Säumigen eintreten müssen.

Hierbei sind die von der Handels- und Gewerbetreibenden wie von den Kirchenvorständen ausgeschriebenen Steuerzuschläge, letztere nach Höhe von je 5 J auf je eine volle Mark des ganzen Jahresbetrags von den diesen Abgaben verfallenden Steuerpflichtigen mit zu entrichten.

Leipzig, den 3. April 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Taube.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von § 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 machen wir bekannt, daß der Klempner

Herr S. Grunert, Albertstraße Nr. 35,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei und sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vorräthe nachgewiesen hat.

Leipzig, den 20. April 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Verordnung vom 7. März dieses Jahres ist die katholische Kirchenanlage auf das Jahr 1877 nach den durch die Verordnung vom 12. October 1841 in §§ 7b und c, 8b, 10 und 11 verbunden mit § 4 der Abänderungs-Verordnung vom 14. August 1875 bestimmten Sätzen, von denen jedoch diejenigen in § 7 unter b und c auch für diesmal wiederum auf drei Viertel, mithin auf resp. 3/4 und 3/4 des von den betreffenden Parochianen zu entrichtenden Gewerbe- und Personalsteuerbetrags herabgesetzt worden sind, beziehentlich unter Hinweis auf die Verordnung vom 28. März 1873 für den 16. April d. J. ausgeschrieben worden und somit fällig.

Die hiesigen katholischen Beitragspflichtigen werden daher aufgefordert, die auf sie fallenden Beträge binnen 14 Tagen an die Stadt-Steuer-Einnahme alhier, — Ritterstraße 15, Georgenhalle, 1 Treppe rechts, Zimmer Nr. 3 — unerinnert abzuführen.

Leipzig, den 17. April 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Taube.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Schleusenbauten wird der Mansfelder Steinweg bis auf Weiteres für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt; die jeweilig von den Bauarbeiten betroffenen Straßen müssen für allen Fahrverkehr gesperrt werden.

Leipzig, am 24. April 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Auf der Südstraße, vom Wagner'schen Grundstück ab bis zur Kreuzung mit der Kronprinzstraße, sind

7000 Meter Pflaster von bossirten Steinen und 1050 Meter dergleichen von sogenannten Rosaspflastersteinen

neu zu fertigen.

Die hierbei erforderlichen Steinseher-Arbeiten sollen im Wege der Submission vergeben werden, und haben darauf Reflectirende ihre Offerten bis zum 8. Mai d. J. Abends 6 Uhr versiegelt bei der Marschall-Expedition niederzulegen, woselbst auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 24. April 1877.

Des Raths Straßenbau-Deputation.

Leipzig, 24. April.

Was ist an einem Socialdemokraten mehr oder weniger gelegen? Was die rote Erde im Reichstage von einem Duzend oder mehr besetzt sein — einen ausschlaggebenden Factor wird sie doch nicht bilden und von irgend welchem Einfluß auf die parlamentarischen Geschäfte wird sie niemals sein können. — Vergleichen sorglose Aeußerungen konnte man während der Reichstagswahlen selbst von gut nationalen Leuten hören. Und gewiß ist zugunsten: die Gefährlichkeit der Socialdemokratie liegt vorläufig noch immer nicht so sehr in ihrer Vertretung im Reichstage, als in ihrer Agitation außerhalb desselben; die gewaltigen Minoritäten, welche diese Partei in vielen Wahlbezirken aufgebracht hat, sind weit bedeutender, als die Handvoll wirklicher Vertreter, die sie im Reichstage sitzen hat. Daß aber auch diese letzteren unter Umständen eine gewisse Bedeutung gewinnen können, haben wir erst neulich wieder aus dem seltsamen Abschlusse gelernt, den die Gewerbeordnungsbekanntmachung im Reichstage fanden. Die Anträge, die von den verschiedenen Parteien zur Ergänzung und Abänderung der Gewerbeordnung gemacht worden waren, gingen bekanntlich an eine Commission, die berufen sein soll, den üppig wuchernden Stoff zu prägen, zu sichten und eine einheitliche Grundlage für das vorzunehmende Reformwerk, einen Leitenden haben für die Regierung, wie für das Parlament daraus herzustellen. Als nun diese Commission, in der alle Parteien des Reichstages vertreten sind, daran ging, sich ihren Vorstand zu wählen, stellte sich eine ganz neue Gruppierung heraus; das Bild der Parteien, an das wir seither gewöhnt sind, hatte sich nicht unwesentlich verändert. Die Freiconservativen hatten ihre bisherigen Bundesgenossen, die Nationalliberalen, im Stiche gelassen und waren zu den Reactionspartei, den Deutsch-conservativen und Ultramontanen übergegangen. Diese drei Parteien, die zusammen über 10 Commissionenmitglieder verfügten, waren übereingekommen, den Deutsch-conservativen v. Dellbrück zum ersten und den Römling Grafen Galen zum zweiten Vorsitzenden der Commission zu wählen. Die Linke, bestehend aus den Nationalliberalen, der Fortschrittspartei und der Mittelgruppe Löwe, war ebenfalls 10 Mann hoch; im Vertrauen auf die Bundesgenossenschaft der Freiconservativen hatte sie dem dieser Partei angehörigen Grafen Luxburg den stellvertretenden Vorsitz zugedacht, während der Nationalliberale Wehrenpennig für den Vorsitz in Aussicht genommen war. Da nun die alten Freunde unwidriglich abfielen, so entstand ein Verhältniß, bei welchem sich die Rechte und die Linke vollständig die Waage hielten. Wo sollte da ein Mehrheitsbeschluß herkommen? Da gab es aber zum Glück noch ein 21. Mitglied; das war der Socialdemokrat Frischke. Dieser gab — als echter Demokrat — seine Stimme für die Vertreter des Liberalismus und Ultramontanismus ab; ihm dankten die Reactionspartei den Sieg, und die Liberalen hatten das Nachsehen.

Moral: Berachte nicht die Macht der socialdemokratischen Stimmen im Reichstage, und wenn

sie noch so winzig erscheinen; denn es kann leicht kommen, daß die Stimme eines einzigen Socialisten gewichtiger in die Waage fällt, als die von zehn Liberalen. Exempla docent! Beispiele sind lehrreich!

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 24. April.

Der Kaiser wird am 2. Mai, dem Tag nach seiner Ankunft in Straßburg eine große Parade über die Garnison auf dem Exercirplatz abhalten und Abends eine Fabelung der Studenten entgegennehmen. Am 3. und 4. Mai findet die Besichtigung der Vorkämpfer, am letzteren Tage Abends die Festvorstellung im Theater statt. Am 5. Mai geht der Kaiser über Hagenau nach Reims, wird dort am 6. dem Gottesdienste beimohnen, die Schlachtfelder besichtigen und am 7. eine Parade der Garnison abnehmen. Die Abreise von Reims erfolgt am 9. Mai.

Am Sonntag machte Kaiser Wilhelm in Wiesbaden den dort wohnenden Fürstlichkeiten einen Besuch und wohnte Abends der Vorstellung im Hoftheater bei. Am Montag nahm der Kaiser die Vorträge des Civilcabinet und des Vertreters des auswärtigen Amtes, v. Hilow, entgegen.

Das auffallende Zusammengehen der Conservativen mit den Ultramontanen bei der Constitution der Gewerbecommission wird, wie wir nach den verschiedensten Anzeichen wohl annehmen dürfen, seitens der Freiconservativen wohl nur vorübergehend gewesen sein; dagegen erkennen wir, was die deutsch-conservative Partei anlangt, aus den Organen derselben, daß es von dieser Seite mit der Wahl des Grafen Galen zum zweiten Vorsitzenden der Commission ausdrücklich auf eine Anerkennung der Stellung der Centrumsfraction zur Gewerbeordnungsfrage abgesehen war. Um klar zu machen, was eine solche Anerkennung bedeutet, müssen wir an die Rede des Präsidenten des Reichsanlagenamtes erinnern, in welcher derselbe in der Sitzung vom 16. April namentlich den Antrag Galen leitete. Er bezeichnete diesen Antrag als einen solchen, der in seiner ganzen Richtung, die ihm namentlich durch die Begründung ausgeprägt sei, nicht anders aufgefaßt werden könne, denn als eine Herausforderung, als ein sehr schwerer Angriff gegen die bisherige Wirtschaftspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstags selbst. Er wies auch nach, daß der Antrag schlechterdings nicht angehe, was und wie denn nun eigentlich in der Befehlsgebung gebessert werden solle, während sogar die Socialdemokraten bestimmte und diskutirbare, wenn auch viel zu weitgehende Vorschläge machten. Kurz, die Tendenz des Centrumsantrages wurde vom Bundesrathstische deutlich genug als lediglich dahingehend charakterisirt, das bisherige Wirtschaftssystem und seine Vertreter auf das Feindseligste anzugreifen, jenes zur Umkehr zu bringen und diese zu kürzen. Von national-liberaler Seite war man mit dieser Auffassung der Regierung ganz einverstanden, und man hätte meinen sollen, auch bei den entschiedensten Conservativen müßte dieselbe Boden finden. Aber weit gefehlt; die Organe der Deutschconservativen

geben uns zu verstehen, daß ihre Partei den Antrag Galen nicht allein mit den conservativen und liberalen Gesandten resp. Resolutionen in gleiche Linie stellt, sondern daß sie der Centrums-partei für ihre durch diesen Antrag bewiesene Haltung sogar ausdrücklich Anerkennung zollt. Es gewinnt also den Anschein, als ob die deutsch-conservative Partei dazu mitwirken wolle, daß der Schlag ins Gesicht, den der Antrag Galen beabsichtigt, den Vertretern unserer bisherigen Wirtschaftspolitik, speciell der Reichsregierung, wirklich applicirt werde.

Die „Wiener Abendpost“ bezeichnet die angebliche Antwort des Erzherzogs Albrecht bei dem Empfange der russischen Militärdeputation als unrichtig. In jener Antwort sollte der Erzherzog auf die Freundschaft Oesterreichs und Russlands angespielt haben. Die gegenwärtige Pause wird, wie immer in solchen Fällen, mit allen erdenklichen Combinationen ausgefüllt; so wird von Paris aus gemeldet, zwischen Rußland und Rumänien sei ein Vertrag unterzeichnet worden, in welchem dieses Fürstenthum zum Königreich erhoben würde. Es verlautet kaum, von solchen Dingen Notiz zu nehmen.

Am Sonntag besichtigte Kaiser Alexander die Truppen des 9. Armeecorps in Imzerina Birula. Der Kaiser richtete hierbei an die Officiere eine kurze Ansprache: „Ihr seid mit dem Feinde zusammenstoß, zeigt euch brav und haltet den Ruhm eurer Regimenter aufrecht. Ich hoffe, die jungen noch nicht im Feuer gewesen Truppen werden den alten nicht nachstehen. Sie werden bewacht sein, sich diesen gleichzustellen.“ Ueberall wurde der Kaiser mit Enthusiasmus begrüßt. Derselbe verließ die Nacht in Tiraspol, woselbst wiederum Truppenrevue, der dann weitere Revue in Ungarn folgt. In der darauf folgenden Nacht kehrte der Kaiser nach Kischeneff zurück.

Wie der „Politischen Correspondenz“ aus Petersburg gemeldet wird, steht der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Rußlands mit der Pforte unmittelbar bevor. — Derselben Correspondenz wird aus Cattaro vom 23. April berichtet: Der Commandant der in Albanien stehenden türkischen Truppen, Derwisch Pascha, ist nach Salonichi abgereist. Ali Said hat das Commando an seiner Stelle übernommen. — Die Bewegungen der Montenegriner haben begonnen. Bulovic hat Riblac besetzt und von Jabei aus eine Besatzung von 800 Mann unter Bakatovic erhalten, da die Türken in den Dugapaz einzudringen suchen. Eine Abtheilung unter Beco Jolacko ist in Banjani eingetroffen.

Der russische Geschäftsträger in Konstantinopel und das gesammte Personal der russischen Botschaft und des russischen Consulates haben am Montag Abend mit der Nacht „Heriklit“ nach Odessa abreisen wollen. Die Correspondenz der „Agence Russe“ bespricht die Nachrichten, welche von einer bevorstehenden türkischen Sendung nach Kischeneff wissen wollen und bemerkt, daß hieran zu knäufende Erwartungen sich nicht erfüllen könnten. Es seien allerdings in Konstantinopel derartige Anstrengungen gemacht worden, aber die Türken vermöchten angesichts des Botums ihrer Kammern

nichts Ernsthaftes zu bieten. Die Courtoisie genüge in der gegenwärtigen Situation nicht. Rußland könne sich zu keiner Romdie hergeben. Der alleinige Zweck der Türken sei, indem sie die persönlichen Spiele, auf Rußland die Verantwortlichkeit für den Krieg zurückzuwerfen und vielleicht Rußland die gefällige Absicht auf Land-erwerb zuzuschreiben, während Rußland nur gebührende Bürgschaften für die Christen forderte, welche die Türken verweigerte.

—r. Leipzig, 24. April. Bei Beratung der Anträge, die Abänderung der Gewerbeordnung betreffend, hat der Abgeordnete Herr Bebel im Reichstage die Behauptung aufgestellt, daß die Arbeitgeber oft vierzehn Tage, ja selbst vier Wochen verziehen liegen, bevor sie den Arbeitslohn an ihre Arbeiter ver付olgen, und daß hierdurch die Arbeiter in eine sehr mißliche Lage versetzt würden, da sie ihre Bedürfnisse auf Credit entnehmen müßten. Herr Bebel ist bei der Behauptung nicht allein verblieben, sondern er hat in Folge des von ihm erwähnten angeblichen Uebelstandes den Antrag eingebracht, daß in die Gewerbeordnung die Bestimmung aufgenommen werde, wonach allwöchentlich und in baarem Reichthelbe der Lohn zu bezahlen ist. Wir haben in Folge der gedachten Behauptung bei einer sehr bedeutenden Anzahl hiesiger Fabrikanten und Gewerbetreibenden, sowie auch auswärtiger, zur Wesse hier ausführlicher Fabrikanten Umfrage gehalten und wir können auf Grund dieser Erörterungen nur bemerken, daß auch nicht in einem einzigen Falle den Arbeitern die wöchentliche Lohnzahlung vorenthalten worden ist. Wir wollen zugeben, daß andernorts Abweichungen von der Regel vorgekommen sein mögen, aber das sind sicher nur Ausnahmen gewesen, und deshalb dem Arbeitgeberstand den allgemeinen Vorwurf zu machen, daß er oft die Arbeiter längere Zeit auf die Lohnzahlung warten lasse, das erscheint uns als den wirklichen Thatfachen durchaus nicht entsprechend.

— Die socialdemokratischen Abgeordneten des Reichstages haben einen Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes und des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich eingebracht. Der Antrag verfolgt den Zweck, den Arbeitern eine größere Wahlfreiheit zu sichern und sie von den Bedrückungen zu befreien, welche sie bisher bei Ausübung der Wahl erlitten haben sollen. Es soll unter Anderem derjenige Arbeitgeber oder sein Angestellter, welcher den bei ihm in Arbeit stehenden Personen Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verpricht oder gewährt, oder Nachteile androht, um ihn zur Abgabe seiner Wahlstimme in einem bestimmten Sinne zu veranlassen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden. Ist denn aber die Annahme einer Terrorisirung der Arbeiter durch die Arbeitgeber wirklich begründet? Die socialdemokratischen Agitatoren haben das Selbstgefühl in den Arbeitern in viel zu hohem Grade entwickelt, als daß diese sich jetzt bei Wahlen von ihren Arbeitgebern noch beeinflussen lassen; sie haben den Klassenhaß in solchem Maße geschürt, daß irgendwelche Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in den allermeisten Fällen von vornherein aus-